

KLIMAPOLITIKKOMMUNIKATIONSKATASTROPHE

klima-retten.info – klima-retten@email.de

Inhalt

1. „Verzichtsapostel“ vs. „Wohlstandsbewahrer“	1
2. Einzelne vs. politische Rahmensetzung	1
3. Erst die Alternativen dann Senkung der Emissionen	2
4. Internationale Wettbewerbsfähigkeit bzw. nationaler Alleingang	2

1. „Verzichtsapostel“ vs. „Wohlstandsbewahrer“

Eine vernünftige Debatte über den Dekarbonisierungsprozess wird zerrieben durch die Extreme der ewigen Verzichtsapostel, die schon immer anderen Menschen sagen wollten, was ein glückliches Leben ausmacht, und denjenigen, die Wohlstandsverluste auf jeden Fall ausschließen wollen.

Ein erschreckendes Beispiel für letzteren Fall ist ein Zitat des Wirtschaftsministers Peter Altmaier: „Klimaschutz wird nur dann funktionieren, wenn unser Wohlstand nicht gefährdet wird“. Vor dem Hintergrund, dass wir vor gigantischen Wohlfahrtsverlusten durch einen ungebremsen Klimawandel stehen und es für die ärmsten der Welt ums nackte Überleben geht, macht einem diese Aussage sprachlos.

Aber auch die liegen falsch, die den Verzicht an sich erhöhen und zu einer neuen Heilsbotschaft machen wollen.

Die Realität ist viel profaner: Wir müssen lernen, dass man mit den Naturgesetzen nicht verhandeln kann. Wir müssen uns politisch auf der Basis des derzeitigen naturwissenschaftlichen Erkenntnisstandes konkrete Reduktionsziele für Treibhausgase vornehmen und diese auch einhalten. Das bedeutet einen gewaltigen ökologischen Strukturwandel in relativ kurzer Zeit. Bei dem es Verlierer und Gewinner geben wird. Wie bei jedem Umbruch. Dabei müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Dabei ist es legitim, womöglich notwendige Wohlstandsverluste durch intelligente Klimaschutzpolitik zu minimieren bzw. Wohlstand in den gegebenen ökologischen Grenzen zu maximieren. Wir müssen lernen „Zukünfte zu vergleichen“, so schwer uns das auch scheinbar mental fällt. Wir müssen vergleichen: welchen Wohlstand werden wir ohne erfolgreichen Klimaschutz 2050 haben und welchen mit einer erfolgreichen Begrenzung der Erderwärmung? Wobei bei letzterem kein eindeutiger Vergleich zu heute möglich sein wird. Da würde man Äpfel mit Birnen vergleichen.

2. Einzelne vs. politische Rahmensetzung

Da werden Polarforscher oder Grünenpolitiker gefragt, wie sie es mit dem Klimaschutz verbinden können, wenn sie nach Spitzbergen oder zu einer Klimakonferenz fliegen. Selbst der Wirtschaftsminister Altmaier wurde im Morgenmagazin beim Thema Klimaschutz als erstes gefragt, wie er denn ins Studio gekommen sei. Dieser Diskurs hat eine gewaltige Schiefelage. Dürfen nur die mehr Klimaschutz fordern, die heute schon so leben wie wir alle spätestens 2050 leben müssen? Nämlich dekarbonisiert. Wie sinnvoll sind diese Fragen, wenn z.B. noch gar keine Flüge mit synthetischem Treibstoff angeboten werden, da diese sich bei fehlender politischer Rahmensetzung betriebswirtschaftlich einfach noch nicht rechnen? Nein, das kann es nicht sein. Auch jemand mit einem überdurchschnittlichen CO₂-Fußabdruck muss politisch mehr Klimaschutz fordern dürfen. Sonst moralisieren wir uns in eine Sackgasse.

Wir müssen uns klar machen, wenn Einzelne - vielleicht auch nur in Teilbereichen - vorbildlich sind, dann ist das gut, damit wir einen Eindruck von den Alternativen bekommen. Für eine

erfolgreiche Dekarbonisierung bis 2050 ist jedoch die politische Rahmensetzung entscheidend. Kampagnen wie „Klimaschutz, was jeder tun kann“, lenken oft zu sehr davon ab.

Wir müssen uns klar machen, der Einzelne steht vor einem Dilemma: Klimaschutz ist oft mit privaten Nachteilen verbunden. Wenn man dann die Folgekosten des eigenen Tuns sozialisieren kann, wie dies ohne entsprechende politische Rahmensetzung der Fall ist, dann überfordert klimagerechtes Handeln den Einzelnen und es entstehen auch nicht die notwendigen Strukturen, um klimagerechter leben zu können. Die wichtigste Aufgabe von Politik ist es, gerade solche Dilemmata zu überwinden durch entsprechende Rahmensetzung im Sinne des Gemeinwohls. Wenn Politiker nur eine „Koalition mit dem Volk“ suchen, dann verfehlen sie ihre Aufgabe. Sie müssen auch Überzeugungsarbeit für notwendige Rahmensetzungen leisten.

Wir brauchen also Politiker, die uns die Wahrheit sagen, und Wähler, die die Wahrheit auch hören wollen.

3. Erst die Alternativen dann Senkung der Emissionen

Wir Bürger haben manchmal den impliziten Anspruch an die Politik bzw. die Ingenieure, dass diese zuerst die Alternativen fix und fertig „auf den Hof stellen“ müssen, bevor wirksame Instrumente zur Senkung der CO₂-Emissionen eingeführt werden dürfen. So soll z.B. der ÖPNV perfekt ausgebaut sein, bevor Mobilität auf der Basis fossiler Brennstoffe verteuert werden darf.

So wird es leider nicht funktionieren. Wir müssen uns zuerst über wirksame Instrumente verständigen, die die CO₂-Emissionen tatsächlich senken; dadurch werden wir auch die notwendigen Energien freisetzen, damit die Alternativen Stück für Stück - und auch mit Rückschlägen - Realität werden.

4. Internationale Wettbewerbsfähigkeit bzw. nationaler Alleingang

In der Klimapolitikdiskussion schwingen oft zwei idealtypische Grundannahmen über die Realität mit, die aber meist nicht explizit gemacht werden:

- (1) Wir können die Dekarbonisierung auch im nationalen Alleingang durchziehen, weil sich die Alternativen durch vermehrten Einsatz auch (einmal) betriebswirtschaftlich rechnen (werden). Der Rest der Welt wird dann diesem erfolgreichen Weg folgen.
- (2) Wir können die Dekarbonisierung nicht im nationalen Alleingang durchziehen, weil die bekannten Alternativen auf Dauer betriebswirtschaftlich zu teuer sind. Daher brauchen wir zuerst globale Kooperation bzw. müssen weiter forschen, bis sich die Alternativen auch betriebswirtschaftlich rechnen.

Leider kann man heute nur schwer entscheiden, welche Grundannahme näher an der Realität ist. Nimmt man z.B. die Stromerzeugung, so kann man festhalten, dass die Gestehungskosten auf der Basis erneuerbarer Energien massiv gesunken sind (auch ein Erfolg des EEG). Anlagenbetreiber von Offshore-Windparks kommen bald vielleicht sogar mit dem Börsenpreis für Strom zurecht und brauchen daher keine Subventionen mehr. Allerdings kann der Strom für den Nutzer trotzdem betriebswirtschaftlich teurer sein als fossiler Strom, da der Nutzer auch die notwendigen Speicher bei 100% erneuerbarem Strom über seinen Strompreis bezahlen muss. Es ist heute reine Spekulation, ob 100% erneuerbarer Strom einschließlich Speicher einmal auch betriebswirtschaftlich günstiger ist als heutiger fossiler Strom. Das ist auch ein entscheidender Denkfehler bei der Grundannahme zwei: Es kann sein, dass wir noch so viel forschen können und trotzdem bleiben fossile Brennstoffe betriebswirtschaftlich zu lange günstiger.

Was bedeutet dies für die nationale Klimapolitik: Wir müssen beherzt auf Sicht fahren. D.h., entschiedene nationale Schritte in die richtige Richtung tun. Damit wird auch globale Kooperation wahrscheinlicher. Internationale Wettbewerbsfähigkeit im Auge behalten. Als Übergangslösung intelligente Ausnahmeregelungen für energieintensive Prozesse, die besonders im internationalen Wettbewerb stehen, anwenden. Wir sind wohl darauf angewiesen, dass der Pariser Nachbesserungsprozess ein Erfolg wird; mit in Summe pariskompatiblen NDCs.